

Öffentliche Sitzung
des Gemeinderats
am Mittwoch, den 29.01.2020
im großen Sitzungssaal des Rathauses

Beginn: 16:05 Uhr

Ende: 18:53 Uhr

Anwesend:

stellv. Vorsitzender

Herr Erster Bürgermeister Dr. Joachim Bläse

Herr Bürgermeister Julius Mihm

Ortsvorsteher/in

Herr Ortsvorsteher Bernhard Feifel ab 16:46 Uhr.

Herr Ortsvorsteher Gerd Zischka

CDU

Herr Stadtrat Christian Baron

Herr Stadtrat Johannes Barth

Frau Stadträtin Marianne Barthle

Herr Stadtrat Alfred Baumhauer ab 16:11 Uhr.

Frau Stadträtin Natalie-Ulrika Biechele

Herr Stadtrat Martin Bläse

Frau Stadträtin Daniela Dinser

Frau Stadträtin Dorothea Feuerle

Herr Stadtrat Helmut Geiger

Herr Stadtrat Thomas Kaiser

Herr Stadtrat Christian Krieg

Herr Stadtrat Thomas Maihöfer

Herr Stadtrat Christof Preiß

Herr Stadtrat Paul Schneider

Herr Stadtrat David Sopp

Frau Stadträtin Dr. Birgit Stahl ab 16:12 Uhr.

Frau Stadträtin Brigitte Weiß

Herr Stadtrat Georg Zimmermann

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stadtrat Gabriel Baum

Frau Stadträtin Sabine Braun

Herr Stadtrat Elmar Hägele

Herr Stadtrat Markus Hirsch

Herr Stadtrat Thomas Krieg

Herr Stadtrat Dr. Gerhard Medinger

Herr Stadtrat Karl Miller

Frau Stadträtin Ina Neufeld

Frau Stadträtin Gertraude von Streit

Herr Stadtrat Steffen Suer

Herr Stadtrat Karl-Andreas Tickert

SPD

Herr Stadtrat Dr. Uwe Beck

Herr Stadtrat Michael Gseller

Frau Stadträtin Sigrid Heusel
 Herr Stadtrat Alessandro Lieb
 Herr Stadtrat Tim-Luka Schwab
 Frau Stadträtin Britta Wertner-Penteker
 Herr Stadtrat Johannes Zengerle

Die Linke

Herr Stadtrat Dr. Andreas Benk
 Herr Stadtrat Andreas Dionyssiotis
 Herr Stadtrat Sebastian Fritz
 Frau Stadträtin Cynthia Schneider

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Dr. Dorothea Kosin
 Frau Stadträtin Nadine Molinari
 Frau Stadträtin Karin Rauscher
 Frau Stadträtin Dr. Constance Schwarzkopf- ab 16:43 Uhr.
 Streit

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Brigitte Abele
 Herr Stadtrat Benedikt Disam
 Herr Stadtrat Ullrich Lothar Dombrowski
 Herr Stadtrat Alexander Hamler

FDP/FW

Herr Stadtrat Dr. Peter Vatheuer

Integrationsbeirat/rätin

Frau Integrationsbeirätin Dragana Damjanovic-
 Schachner
 Frau Integrationsbeirätin Aslihan Dosgül
 Herr Integrationsbeirat Fuad Koldzic
 Frau Integrationsbeirätin Süheyla Torun

Schriftführerin

Frau Melanie Bihlmaier

Verwaltung

Herr Bernhard Bonfigt
 Herr Gerhard Hackner
 Frau Eva Hafner
 Herr Gerd Hägele
 Frau Rabea Haug
 Frau Elke Heer
 Herr Helmut Ott
 Herr Michael Schaumann

Abwesend:

CDU

Frau Stadträtin Elena Risel

Die Linke

Herr Stadtrat Alexander Relea-Linder

FDP/FW

Frau Stadträtin Nora Kasüschke

Tagesordnung

=====

- 1** Oberbürgermeister Franz Konrad. Aspekte der Verwaltungsgeschichte der Stadt Schwäbisch Gmünd im Nationalsozialismus.
- 2** Sachstandsbericht zur Prostitution in Schwäbisch Gmünd
- 3** Neuerlass der Polizeiverordnung zum Schutz vor Belästigungen der Allgemeinheit, Lärmbelästigung, umweltschädlichem Verhalten, Rattenbekämpfung und zum Anbringen von Hausnummern
- 4** Instandsetzung Remsbrücke Buchauffahrt - Vergabebeschluss -
- 5** Erschließung BG "Strutfeld" 2. Erw. und Endausbau "Litzenbühl II" in Schwäbisch Gmünd-Bargau - Vergabebeschluss -
- 6** Investitionskostenzuschuss für den Verein zur Förderung von Bildung und christlichen Werten Schwäbisch Gmünd e.V. zur Erweiterung des bestehenden Betreuungsangebotes im Musikkindergarten, Unterm Buch 1, 73525 Schwäbisch Gmünd um eine weitere Gruppe
- 7** Bekanntgaben
 - 7.1** Energiebericht
 - 7.2** Windpark
- 8** Anfragen
 - 8.1** Umfrage Mobilität
 - 8.2** WLAN am Bahnhof
 - 8.3** Einnahmen durch Grundstücksverkauf
 - 8.4** Schlechte Schulabschlüsse
 - 8.5** Schwanen
 - 8.6** Verkehrssituation Klösterlesstraße / Karl-Olga-Brücke
 - 8.7** Müll
 - 8.8** Parkverstoß
 - 8.9** Sportschützen
 - 8.10** Baubeginn "Brücke"
 - 8.11** Reinigung Glascontainer

8.12 Parksituation Schießtalplatz

Erster Bürgermeister Dr. Bläse begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

Erster Bürgermeister Dr. Bläse nochmals sein Mitgefühl gegenüber der Familie des verstorbenen Dreijährigen aus. Man stehe in engem Kontakt mit der Familie. Er berichtet, dass man gestern eine Spielplatzbegehung durchgeführt habe.

Stadtrat Thomas Krieg/Bündnis 90/Die Grünen spricht Herrn Erster Bürgermeister Dr. Bläse im Namen des Gemeinderats seinen Respekt aus.

zu 1 Oberbürgermeister Franz Konrad. Aspekte der Verwaltungsgeschichte der Stadt Schwäbisch Gmünd im Nationalsozialismus.

Protokoll:

Erster Bürgermeister Dr. Bläse begrüßt Herrn Dr. Schnur.

Herr Dr. Schnur stellt gemeinsam mit Dr. Frederick Bacher den Sachverhalt vor (Präsentation siehe Anlage).

Stadtrat Baron/CDU bedankt sich für die gute Arbeit bei Herrn Dr. Bacher. Er habe nun viel Licht ins Dunkel gebracht, man nehme viel mit. Es gebe vielschichtige Aspekte. Er erkundigt sich nach Franz Konrads Verhältnis zu den Deportationen. Außerdem erkundigt er sich, warum Franz Konrad nach dem Krieg zwei Mal wiedergewählt wurde. Außerdem interessiert er sich für das Spruchkammerverfahren.

Herr Dr. Bachner erklärt, dass er in der Arbeit auch auf die Nachkriegszeit eingehen werde. Er sei wiedergewählt worden, weil er mit dem wirtschaftlichen Aufschwung verbunden war, die Gmünder Bevölkerung habe davon profitiert. Die Deportationen habe er mitbekommen, er habe diese aber nicht kommentiert. Es habe drei Spruchkammerverfahren gegeben. Es sei schwierig. Man könne nicht schwarz oder weiß sagen, bei Konrad seien die Grautöne dazwischen.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich, ob es bei seiner Antrittsrede um das jüdische Kapital oder um andere Kreise gegangen sei. Außerdem fragt er nach ein paar Beispielen, die das Verhältnis beziehungsweise den Streit zwischen Gemeinderat und Verwaltung beleuchten.

Herr Dr. Bachner erläutert, dass er in der Arbeit mehrere Beispiele darstellen werde. Es gehe um Fragen wie die Gelder eingesetzt werden, wer im Standesamt arbeiten dürfe usw., ganz normale Verwaltungsfragen, diese spielen die Hauptrolle. Konrad mache die Besitzer von Kapital für die Weltwirtschaftskrise verantwortlich, er kritisier- te nicht das Judentum an sich.

Stadträtin Heusel/SPD bedankt sich ebenfalls bei Herrn Dr. Bachner. Ihr fehle ein wenig die Aufarbeitung seiner Rolle für die NSAP. Er sei von den Nazis eingesetzt worden, man wollte für die Stadt einen ausgewiesenen Wirtschaftsfachmann. Man habe einen linientreuen NSDAP-Mann in diese Stadt gesetzt, um zu schauen, dass die Ziele der NSAP auch hier umgesetzt werden. Man wisse, dass in katholischen Gegenden die NSDAP nicht ganz so gut Fuß fassen konnte. Es gebe eine Tagebuchaufzeichnung von Herrn Oppenländer, die im Einhorn-Jahrbuch zitiert werde. Er schreibe dort: „Konrad hat sich bei Judenaktionen nicht beteiligt, hat sich aber niemals bei mir gegen diese eingesetzt. Er hat sich überhaupt in meinen Diensten niemals für politisch Verfolgte eingesetzt. Er hat jede Gelegenheit genützt, um zum Ausdruck zu bringen, dass er stets im Sinne der Partei handeln würde.“ Das sei auch etwas aussagekräftig. Der SPD ginge es immer darum, welcher Mensch würdig sei, mit der Benennung einer Straße geehrt zu werden. Ihr fehle hier die Aufarbeitung. Es gebe sehr viele Facetten, das sei ihr noch nicht ausreichend beleuchtet. Sie sei gespannt auf die Langfassung der Arbeit.

Herr Dr. Bachner zeigt sich überrascht, da er genau dieses Zitat an die Wand geworfen habe. Er habe es differenziert dargestellt, dass Konrad nicht rassenideologisch agiert habe.

Stadtrat Dr. Benk/Die Linke bedankt sich ebenfalls für den Vortrag. Es sei sehr wichtig zu verdeutlichen, dass der Katholizismus ein antijüdisches Ressentiment gewesen sei, daher seien viele aus religiösen Gründen gegen Juden gewesen sei. Die beiden Wahlkämpfe nach dem Krieg würden ihn brennend interessieren. Er erkundigt sich, wie Konrad sich hier verhalten habe. Er fragt außerdem, ob sich aus dem, was Herr Dr. Bachner erforscht habe, eine Neubewertung Konrads ergebe.

Herr Dr. Bachner stimmt Herrn Dr. Benk bezüglich des Katholizismus zu, es habe den erlaubten religiösen Antisemitismus gegeben. Neu sei auf jeden Fall, dass er die Quellen des Staatsministeriums und des Innenministeriums ausgewertet habe. Da komme nochmal raus, dass die Landesregierung mit der Arbeit Konrads außerordentlich zufrieden gewesen sei. Man habe sich keinen besseren als Konrad aus der Perspektive der Nationalsozialisten vorstellen können, Konrad habe aus einer armen Stadt eine Industriestadt gemacht.

Herr Dr. Schnur ergänzt, dass man nun einen Vergleich habe, ob Konrad ein Einzelfall gewesen sei oder wie es in anderen Kommunen ausgesehen habe. Bei den Oberbürgermeistern sehe man im Vergleich, dass es ungewöhnlich sei, dass ein Oberbürgermeister bis 1944/45 amtiert habe, obwohl er zum Kriegsdienst eingezogen war und im Urlaub die Stadt besucht oder sich Akten an die Küste schicken lassen habe. In anderen Kommunen seien die Bürgermeister ersetzt worden. Er sei aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten, er sei aber nicht abgelöst worden. Das sei ein Sonderfall. Das habe man durch diese Studie herausarbeiten können.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste bedankt sich ebenfalls für den sehr differenzierten Vortrag. Er erkundigt sich nach der Bevölkerungsentwicklung während der Amtszeit von Konrad und möchte wissen, wie viele Mitarbeiter Schenk und ZF während der Kriegszeit gehabt hätten und wie viele Zwangsarbeiter in Schwäbisch Gmünd eingesetzt wurden.

Herr Dr. Bachner antwortet, dass er in seiner Arbeit auf die Bevölkerungsexplosion in Schwäbisch Gmünd zu sprechen gekommen sei, nicht aber auf die einzelnen Betriebe. Das könne man aber sehr einfach nachschauen.

Stadtrat Suer/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich auch für den Vortrag. Für ihn stelle sich die Frage, ob das Wirtschaftswachstum ausschließlich militärisch gewesen sei. Außerdem fragt er sich, welchen Ansatz der Gemeinderat habe, jemandem eine Straße zu widmen.

Herr Dr. Bachner antwortet, dass es ohne Rüstung, ohne diesen 4-Jahresplan, das Wachstum nicht gegeben habe. Dies stehe in unmittelbarer Verbindung mit dem Militär. Es hänge alles damit zusammen, auch Schuhe und Mäntel seien für die Wehrmacht gewesen.

Stadtrat Dr. Beck/Die Linke äußert, dass man nun in einem Dilemma sei, da man diesen Straßennamen bereits habe.

Herr Dr. Bachner stimmt zu, dass es nicht so einfach sei, sich für oder gegen etwas zu entscheiden. Er finde es gut, dass man darüber diskutiere. Es gehe nicht um juristische, sondern um moralische Fragen.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste bringt zum Ausdruck, dass der Gemeinderat in der NS-Zeit nichts zu sagen gehabt habe. Damit konnte Konrad schalten und walten wie er wollte. Er habe genau gewusst, wer deportiert wurde und welches jüdisches Vermögen enteignet und arisiert worden sei. Sie sei gespannt darauf, was die zweite Recherche ergebe, die Franz Konrad nach der NS-Zeit darstelle. Am Montag habe man eine tolle Veranstaltung zur 75-jährigen Befreiung von Auschwitz gehabt. Es sei an der Zeit, darüber nachzudenken, die Franz-Konrad-Straße umzubenennen.

Stadtrat Hamler/Die Bürgerliste ist froh, dass Herr Dr. Bachner damit beauftragt wurde und die Recherchen professionell durchführe. Dann könne auch ein Zitat von dem armen Herrn Karl Oppenländer, damals wohnhaft in der Bockgasse 39, korrigiert werden und richtig bewertet werden. Karl Oppenländer sei weder verwandt noch verschwägert mit Herrmann Oppenländer gewesen. Darauf wolle er hinweisen.

Erster Bürgermeister Dr. Bläse ist dankbar, dass man die unterschiedlichen Aspekte betrachte. Er sei sehr dankbar, dass die Opfer hier Namen haben. Die Rolle Oppenländers sei sehr schwarz. Man müsse diese Zwischenrolle Konrads anzuschauen und als Stadt bewerten.

Vieles sei strukturell über einen längeren Zeitraum angelegt gewesen, dieses müsse man sich bewusstmachen. Daher: „Nein“ zu Populismus, Extremismus und Antisemitismus. Am Anfang sei das Wort. Es sei die große Herausforderung der Stadtgemeinschaft „Nie mehr“ zu sagen und man lerne aus diesen Strukturen. Daher sei er sehr erfreut über die Arbeit von Herrn Dr. Bachner und bedankt sich. Er bedankt sich auch bei Herrn Dr. Schnur, dass man das Archiv öffne und immer wieder neue Quellen bekomme und dass man es mit anderen Archiven vernetzen könne.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 41.5
nachrichtlich an Amt:

**zu 2 Sachstandsbericht zur Prostitution in Schwäbisch Gmünd
Vorlage: 248/2019**

Protokoll:

Erster Bürgermeister Dr. Bläse begrüßt Frau Heer und Frau Kemmler.

Frau Heer stellt den Sachverhalt vor.

Erster Bürgermeister Dr. Bläse begrüßt Schwester Eleonore und bedankt sich bei ihr, da das Kloster die Aufklärung immer unterstützt habe. Der präventive Ansatz, den man verfolge sei gut.

Stadträtin Dinser/CDU bedankt sich beim Ersten Bürgermeister Dr. Bläse und bei Frau Heer für den Vortrag. Sie stimmt zu, dass das Prostituiertengesetz in vielen Bereichen das Ziel verfehlt habe. Daher bedanke sie sich bei Frau Heer und bei den Schwestern. Man habe hier ein Dilemma. Im Strafgesetzbuch habe man entsprechende Vorschriften, es scheitere aber am Vollzug. Man müsse den Schwerpunkt darauf lenken, dass es gar nicht soweit komme, sie befürworte daher den präventiven Charakter. In der Praxis müssten sich die Prostituierten sich beim Gesundheitsamt beraten lassen. Das laufe so ab, dass die Prostituierten in den Bussen zum Gesundheitsamt gefahren würden, den Pass habe der Freier. Sie stellt die Frage, was man machen könne. Man lege im Ostalbkreis einen Schwerpunkt darauf, dass man bereits in der Beratung ein Näheverhältnis zu den Damen schaffe, sodass sie vertrauen. Da müsse man ansetzen. Man müsse in den Schulen ansetzen, man müsse die Jugendlichen aufklären. Die Aufklärung sei noch optimierungsfähig. Hier dürfe man nicht nachgeben, damit es gesellschaftlich nicht mehr akzeptiert und anerkannt werde.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich bei Frau Heer für die Vorstellung. Prostitution sei noch nie ein normales Gewerbe gewesen. Er sei sehr dankbar, dass sie hieran arbeite. Über die illegale Prostitution gebe es keine gesicherten Erkenntnisse. Er erkundigt sich, ob man wisse, wie viele legalen und illegalen es in Schwäbisch Gmünd gebe. Was man im ordnungsrechtlichen Bereich mache, nutze den in illegaler Prostitution befindlichen Personen nichts. Eine große Rolle in der Erziehung spiele das Rollenvorbild. Die Rollenbilder seien im ständigen Wandel, man nehme durchaus wieder hin, dass Frauen die nächsten Topmodels und die Männer die Bachelors seien. Man müsse an dem Rollenverständnis täglich arbeiten. Das sei ein Appell an jeden Einzelnen von uns.

Frau Heer antwortet, dass der Markt, den man offen sehe, transparent sei. Dieser sei sichtbar für die Nachfrager, dieser sei auch sichtbar für das Ordnungsamt und die Polizei. Was zwangsgehandelt sei, da könne man nichts darüber sagen.

Stadtrat Schwab/SPD bedankt sich ebenfalls. Es gehe um den präventiven Ansatz. 95 Prozent der Frauen kämen aus Osteuropa, wenn man hier an den Schulen ansetze, bringe das den Frauen gar nichts. Er schlägt vor, eine Resolution des Gemeinderats in Richtung Berlin zu beschließen. Man sei ja mit dem Gmünder Weg in der Flüchtlingspolitik schon Vorbild gewesen.

Erster Bürgermeister Dr. Bläse äußert, dass man als Stadt ein Bekenntnis abgegeben habe, wie man das Thema sehe und warum man dem Bündnis beigetreten sei. Den Frauen aus Osteuropa bringe es nichts, da sei der gesetzliche Rahmen der entscheidende. Das zweite sei jedoch, dass bei denjenigen, die den gesetzlichen Rahmen nutzen, eine Umkehr stattfinde. Die Anregung bezüglich der Resolution werde er mitnehmen in das entsprechende Gremium einbringen.

Stadtrat Dr. Benk/Die Linke bedankt sich ebenfalls für die Darstellung und das Engagement. Recht und Gesetz könne man nicht moralisch durchsetzen. Recht und Gesetz müsse so gestaltet werden, dass die Menschenrechte gewahrt werden. Die Gesellschaft sei insgesamt gefordert, die Schulen und die Bildung aber auch.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen bringt zum Ausdruck, dass die Frauen von den Jugendlichen, die ins Bordell gehen, kaputt gemacht würden. Diese seien die Täter, man dürfe nicht lockerlassen, man brauche das schwedische Modell. Daher müsse es auch an die Schulen. Sie ist sehr dankbar, dass man das mache. Sie möchte wissen wie es in den Schulen gehandhabt werde. Außerdem erkundigt sie sich, ob die Frauen die nötige Unterstützung bekommen oder ob Gelder fehlen, sofern man an die Frauen herankomme.

Frau Heer erläutert, dass man seit Oktober 2018 das Bündnis gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution habe und dort auch eine Geschäftsstelle entstanden sei. Dort werde zum einen Beratung für Frauen, die aussteigen möchten, angeboten. Dort gebe es Kontakte mit den betroffenen Frauen. Seit einem Jahr sei die Leiterin kreisweit in den Schulen unterwegs, ab Schulklassen 9. Sie komme auf Anfrage, es gebe eine sehr gute Resonanz hinsichtlich der Nachdenklichkeit bei den Schülerinnen und Schülern.

Erster Bürgermeister Dr. Bläse ergänzt, dass die städtischen Schulen eine Kooperation mit den Soroptimisten vereinbart hätten. Der Kreis, was Prävention angehe, werde langsam größer.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste meint, dass man das schwedische Modell brauche. Es müsse von der Bundesregierung ein Gesetz erlassen werden. Sie möchte wissen, ob es in Schweden belastbare Zahlen gebe.

Frau Heer antwortet, dass die Gewalt gegen Frauen zurückgegangen sei. Die Bevölkerung sei sehr zufrieden mit dem Gesetz, die schwedische Bevölkerung sei inzwischen vom Gesetz überzeugt, es habe zu einer Haltungsänderung geführt.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW erkundigt sich wie die Erfahrungen in Schweden seien und ob es empirische Studien dazu gebe, die auch für Deutschland interessant wären. Er fragt, was man konkret auf Gemeinderatsebene tun könne, um zu unterstützen. Er möchte eine konkrete Beschlussvorlage. Durch ein Verbot sei das Problem

nicht behoben.

Erster Bürgermeister Dr. Bläse äußert, dass man sich überlegen müsse, wie man als politisches Gremium dazu stehe. Er nehme mit, dass er im Ausschuss tiefer einsteigen werde. Aufgrund der Charta der Gemeinsamkeiten sei man gefragt, ob es nur ein Blatt Papier oder ein Handlungsauftrag sei. Er nehme die Anregung daher mit und man werde mit den Fraktionen besprechen, wie man weiter vorgehe.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste hat hier erhebliche Bedenken, dass eine Verschärfung der Gesetzeslage positive Auswirkungen habe. Die Nachfrage würde dann in den Untergrund gehen. Der Mittelweg der aktuellen gesetzlichen Lage führe dazu, dass man wenigstens von behördlicher Seite immer noch Einblick habe. Er halte es für den einzig richtigen Weg, intensiv in Schulen und in der jungen Generation dafür zu werben, sodass die Nachfrage sinke. Man sei daher auf dem richtigen Weg, um künftig Änderungen zu erreichen.

Stadtrat Tickert/Bündnis 90/Die Grünen findet es verheerend, was man Schülern in der 6. Klasse zumute, wenn man freien Zugang zu pornografischen Seite habe. Man müsse schauen, dass man den Zugang verwehre. Daher müsse man auch an die Eltern ran. Man müsse Druck machen, dass man die Kinder von solchen furchtbaren Dingen befreie. Hier könne man gar nicht tief genug ansetzen.

Stadträtin Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen äußert, dass sie nicht sagen wollte, dass sie die Prostitution verbieten möchte. Das schwedische Modell trockne den Sumpf aus, da man die Freier unter Strafe stelle.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 16

nachrichtlich an Amt:

zu 3

Neuerlass der Polizeiverordnung zum Schutz vor Belästigungen der Allgemeinheit, Lärmbelästigung, umweltschädlichem Verhalten, Rattenbekämpfung und zum Anbringen von Hausnummern
Vorlage: 272/2019

Protokoll:

Herr Hägele stellt den Sachverhalt vor.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Der im Entwurf (Anlage 2) vorgelegten, neuen Polizeiverordnung der Stadt Schwäbisch Gmünd zum Schutz vor Belästigungen der Allgemeinheit, Lärmbelästigung, umweltschädlichem Verhalten, Rattenbekämpfung und zum Anbringen von Hausnummern wird zugestimmt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 30
nachrichtlich an Amt:

**zu 4 Instandsetzung Remsbrücke Buchauffahrt - Vergabebeschluss -
Vorlage: 017/2020**

Protokoll:

Erster Bürgermeister Dr. Bläse begrüßt Frau Dr. Hafler.

Frau Dr. Hafler trägt den Sachverhalt vor.

Stadtrat Barth/CDU erkundigt sich, ob man die Verlegung bei der Firma Oesterle nicht weglassen könne.

Frau Dr. Hafler erklärt, dass es damals beschlossen wurde, die Anfahrtssicherheit müsse gewährleistet werden. Man habe dies untersucht.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW äußert, ob es mit dem vierspurigen Ausbau der B29 abgestimmt wurde.

Erster Bürgermeister Dr. Bläse bejaht dies.

Frau Dr. Hafler ergänzt, dass man die Planung mit dem Regierungspräsidium abgesprochen habe.

Stadtrat Kaiser/CDU äußert, dass man eine nicht benötigte Verpflichtungsermächtigung für die Creative Hall Assistent Living habe und dafür außerdem einen EU-Zuschuss erhalten habe. Er erkundigt sich, ob dieser erhalten bleibe.

Erster Bürgermeister Dr. Bläse äußert, dass man 2020 kein Geld verbauen werde. 2020 habe man nur Einnahmen und Ausgaben. Das Projekt bleibe bestehen und die Fördermittel seien gesichert.

Stadtrat Dionyssiotis/Die Linke erkundigt sich nach dem Radverkehr. Dieser werde derzeit hinter dem Mediamarkt und beim Gaskessel vorbeigeführt.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf Streit/Freie Wähler Frauen schlägt vor, bei dem anderen Kreisel die Einfädelspur reinzulassen.

Frau Dr. Hafler sieht keine Möglichkeit, wird es aber beim RP nochmals ansprechen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 66
nachrichtlich an Amt:

zu 5 Erschließung BG "Strutfeld" 2. Erw. und Endausbau "Litzenbühl II" in Schwäbisch Gmünd-Bargau - Vergabebeschluss - Vorlage: 007/2020

Protokoll:

Ohne Aussprache

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Der Vergabe der erforderlichen Bauarbeiten auf Nachmaß an die Firma Georg Eichele Bauunternehmung in Untergröningen, gemäß deren Angebot vom 13.01.2020 für die Erschließung des Baugebietes "Strutfeld 2. Erweiterung" und der Endausbau des Baugebiets "Litzenbühl II" und gemäß Gesamtkostenzusammenstellung (Anlage 4) für Kanal- und Straßenbauarbeiten in Höhe von 1.100.197,07 € wird zugestimmt. Davon betragen die Kosten für die Erschließung Baugebiet „Strutfeld 2. Erweiterung“ anteilig 996.991,16 €.

Die Kosten teilen sich hierbei wie folgt auf:

Kanalbau:	366.498,94 €
Grundstücksanschlüsse:	158.856,92 €
Straßenbau:	392.907,63 €
Straßenbeleuchtung (ohne Masten und Beleuchtungskörper):	
78.727,67 €	
Die Kosten für den Endausbau Baugebiet „Litzenbühl II“ betragen anteilig	103.205,91 €.

Summe Vergabe 1.100.197,07 €

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 66
nachrichtlich an Amt:

**zu 6 Investitionskostenzuschnitt für den Verein zur Förderung von Bildung und christlichen Werten Schwäbisch Gmünd e.V. zur Erweiterung des bestehenden Betreuungsangebotes im Musikkindergarten, Unterm Buch 1, 73525 Schwäbisch Gmünd um eine weitere Gruppe
Vorlage: 283/2019**

Protokoll:

Ohne Aussprache

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Die Erweiterung des Musikkindergartens, Unterm Buch 1, 73525 Schwäbisch Gmünd, um eine weitere Ü3 Gruppe zur Betreuung von Kindern über drei Jahren wird mit 217.000.- Euro bezuschusst.

Unter der Voraussetzung der Bewilligung der Mittel aus dem Programm Kinderbetreuungsförderung des Bundes 2017-2020 reduziert sich die maximale Bezuschussung auf 167.700 Euro.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 40
nachrichtlich an Amt:

zu 7 Bekanntgaben

zu 7.1 Energiebericht

Protokoll:

Erster Bürgermeister Dr. Bläse gibt bekannt, dass der Energiebericht am 05.05.2020 in das Gremium eingebracht werde.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 65
nachrichtlich an Amt:

zu 7.2 **Windpark**

Protokoll:

Erster Bürgermeister Dr. Bläse äußert, dass man in den überregionalen Medien das VGH-Urteil bezüglich der Windparklänge gelesen habe. Die Stadtwerke hätten sich wie anderen Stadtwerke und Genossenschaften auch angeschlossen, nachdem alles rechtlich klar war. Bei den Stadtwerken arbeite man das derzeit entsprechend auf, um zu sehen was es bedeute, um es auch in den Jahresergebnissen berücksichtigen zu können. Man gehe von einem sechsstelligen Betrag aus.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 8 **Anfragen**

zu 8.1 **Umfrage Mobilität**

Protokoll:

Stadtrat Fritz/Die Linke nimmt Bezug zur Umfrage im Rahmen der Mobilität. Er zitiert Ersten Bürgermeister Dr. Bläse: „Der Verkehr in der Stadt sei wieder so stark wie bei der Tunnelöffnung.“ Daher sei spätestens jetzt der Beweis erbracht, dass man neu denken müsse.

Außerdem erkundigt er sich, wie Herr Bürgermeister Mihm Hardcore-Radfahrer definiere. Er frage sich, ob man nicht denjenigen, die ihr Mobilitätsverhalten umstellen, danken müsse.

Erster Bürgermeister Dr. Bläse antwortet, dass er nicht von Zahlen ausgegangen sei, die er gegenrechne. Er habe gesagt, dass man die Hauptzeiten anschau, hier sei die Remsstraße zu. Es sei einfach eine Beschreibung gewesen wie es auf der Straße aussehe. Man müsste tatsächlich umdenken.

Bürgermeister Mihm erklärt, dass es ihm darum gegangen sei, ein Signal zu setzen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 30
nachrichtlich an Amt:

zu 8.2 WLAN am Bahnhof

Protokoll:

Stadtrat Schwab/SPD äußert, dass das WLAN am Bahnhof nicht funktioniere.

Erster Bürgermeister Dr. Bläse antwortet, dass man dies überprüfen werde.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10.4
nachrichtlich an Amt:

zu 8.3 Einnahmen durch Grundstücksverkauf

Protokoll:

Stadtrat Schwab/SPD möchte wissen, wie viele Einnahmen 2019 durch Grundstücksverkäufe entstanden sind abzüglich des Ankaufspreises und des Verwaltungsaufwands.

Erster Bürgermeister Dr. Bläse antwortet, dass er dies mit dem Rechnungsabschluss 2019 erfahren werde.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20, 60
nachrichtlich an Amt:

zu 8.4 Schlechte Schulabschlüsse

Protokoll:

Stadtrat Schwab/SPD erklärt, dass die Schüler mit Migrationshintergrund und ohne deutsche Staatsbürgerschaft einen schlechteren Schulabschluss machen würden als in anderen Städten.

Er erkundigt sich nach dem Hintergrund und welche Maßnahmen man ergreifen könne.

Erster Bürgermeister Dr. Bläse antwortet, dass man die Daten gerade aufbereite, um einen Workshop anzubieten. Man könne es dann gerne in den Verwaltungsausschuss bringen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 40
nachrichtlich an Amt:

zu 8.5 **Schwanen**

Protokoll:

Stadtrat Baron/CDU äußert, dass man in der Vergangenheit schon viele Debatten über die Stadtbildentwicklung geführt habe. Er erkundigt sich nach dem Schutzcharakter des Gebäudeensembles. Er verdeutlicht, dass ein Abriss das letzte und nicht das erste Mittel sei.

Bürgermeister Mihm antwortet, dass es sich beim Schwanen um ein Ensemble von drei Gebäuden handle. Nicht das schicke Fachwerkhaus, sondern das Haus daneben sei das Denkmal. Der Schwanen selber sei als stadtbildprägendes Gebäude einzuordnen. Es gelte: Erhalt vor einem beliebigen Neubau. Das würde man auch als Maßgabe in eine entsprechende Entwicklung einbringen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

zu 8.6 **Verkehrssituation Klösterlesstraße / Karl-Olga-Brücke**

Protokoll:

Stadtrat Bläse/CDU erklärt, dass Bürger ihm mitgeteilt hätten, dass die Verkehrssituation in der Klösterlesstraße / Karl-Olga-Brücke sehr gefährlich sei. Die Fußgängerquerung mit mittlerer Querungshilfe solle aus Sicherheitsgründen überprüft und ggf. Veränderungen vorgenommen werden.

Bürgermeister Mihm antwortet, dass die Herausforderung sei, dass die Grabenallee direkt über diese Straße laufe. Man könne unter der Brücke durchgehen, das hindere aber die Leute nicht daran, dort sowieso über die Straße zu gehen. Um das sicher zu machen, habe man da eine Querungshilfe angebracht. Es wäre noch gefährlicher, wenn man diese nicht hätte.

Erster Bürgermeister Dr. Bläse ergänzt, dass man dort keine andere Lösung hinbekomme. Das Miteinander sei gefragt, es klappe im Wesentlichen gut, aber es gebe auch Situationen wo sich jemand beschwere.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 30
nachrichtlich an Amt:

zu 8.7 Müll

Protokoll:

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen fragt, ob es richtig sei, dass Anfang Februar im Kreistag eine Klausurtagung zum Thema Müll stattfinde. Das vorzeitiges Herausstellen von Bio-Müllbeuteln sei zu ahnden. Es gebe einen Vorschlag aus der Oststadt, das System auf Biotonnen umzustellen. Diesen Gedanken sollen die Kreisräte mitnehmen.

Erster Bürgermeister Dr. Bläse erklärt, dass es eine Klausurtagung des Aufsichtsrats der GOA sei. Alle Kreisstädte seien derzeit unglücklich. Ob man eine bessere Lösung finde, müsse man abwarten. Es könne nicht sein, dass man unseren Müll nach Asien schicke.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 30
nachrichtlich an Amt:

zu 8.8 Parkverstoß

Protokoll:

Stadtrat Hamler/Die Bürgerliste äußert, dass ihn ein Bürger auf autofreie Innenstadt angesprochen habe. Der Mann habe das Problem, dass er öfters in die Hospitalgasse reinfahren müsse. Er fühle sich genötigt, er habe das Gefühl, er werde aufgelauert, wenn er da mit seinem Auto kurz stehe. Er möchte wissen, was es für Regelungen gebe und was er dem Mann antworten solle.

Erster Bürgermeister Dr. Bläse erklärt, dass sich jeder an Recht und Gesetz halten müsse, dort wo man beladen und entladen dürfe, sei dies auch gestattet.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 30
nachrichtlich an Amt:

zu 8.9 Sportschützen

Protokoll:

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste äußert, dass es eine Vielzahl von Schützenvereinen und eine Vielzahl von Sportschützen gebe. Sie möchte wissen, wie das gehandhabt werde.

Erster Bürgermeister Dr. Bläse antwortet, dass dies alles geregelt sei. Wer einen Waffenschein habe, dürfe die Waffe besitzen und müsse diese entsprechend verwahren. Man überprüfe dies regelmäßig.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 30
nachrichtlich an Amt:

zu 8.10 Baubeginn "Brücke"

Protokoll:

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW erkundigt sich, wann bei der Brücke Baubeginn sei.

Erster Bürgermeister Dr. Bläse erklärt, dass man entsprechende Erwerber und Investoren habe. Diese ständen in enger Abstimmung mit der Stadt.

Herr Hackner ergänzt, dass beim Römerkastell im Februar/März Baubeginn sei, beim anderen Projekt gebe es nichts Neues.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

zu 8.11 Reinigung Glascontainer

Protokoll:

Stadtrat Suer/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass es dort wo Glas recycelt werde, viele Scherben gebe. Er schlägt vor, die GOA zur Reinigung der Plätze zu verpflichten. Das Gleiche gelte auch für die Altkleider-Sammelstellen.

Erster Bürgermeister Dr. Bläse erklärt, dass es Verantwortungen und Zuständigkeiten gebe. Die Grundsauerei würde aber die Gmünder selbst verursachen. Das sei das Grundproblem. Alles, was derjenige mache, der es abholt, werde auf den Preis aufgeschlagen. Das führe dann dazu, dass man diese Angebote künftig nicht mehr habe. Es gebe entsprechende Gespräche zwischen GOA und Ordnungsamt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 68, 30
nachrichtlich an Amt:

zu 8.12 Parksituation Schießtalplatz

Protokoll:

Stadtrat Lieb/SPD äußert, dass es beim Schießtalplatz momentan nur einen Parkplatz für Menschen mit Behinderung gebe. Er regt an, sich die aktuelle Situation anzuschauen und zu verbessern.

Erster Bürgermeister Dr. Bläse sagt dies zu, das sei sicherlich machbar.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Erster Bürgermeister Dr. Bläse die öffentliche Sitzung.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 30
nachrichtlich an Amt:

Für die Richtigkeit!

Den
Erster Bürgermeister:

Den
Stadtrat:

Den
Schriftführer:

Den
Stadtrat:

Gesehen!

Den
Stadtkämmerei: